



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 27. September 2019

Band 13, Ausgabe 13

## Themen

- **Industriepolitik**
- **Waldbesitzer**
- **Gesundheit**
- **Wirtschaft**

**«Wir werden unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft und zu einem nachhaltigen Leben weltweit leisten.»**

(Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem UN-Klimagipfel in New York)

### In dieser Ausgabe:

- Soziale Marktwirtschaft sichert Industriestandort 2
- Waldumbau jetzt voranbringen 2
- Ehrennadel der GEMA für Volker Kauder 3
- Angehörige bei Pflegekosten entlasten 3
- Digitalisierung im Gesundheitswesen 3
- Beschlüsse zum Klimaschutz 4

## Klimaziele 2030

Die Koalition hält einen Kurs der Vernunft. Deutschland nimmt mit einem Kraftakt die Klimaziele 2030 in Angriff – ohne die Menschen zu überfordern. Klimaschutz darf keine soziale Schlagseite haben, was zum Beispiel der Fall wäre, wenn die individuelle Mobilität oder ein bezahlbares Wohnen durch Klimaschutzmaßnahmen gefährdet würden.



Damit das nicht passiert, ist es entscheidend, dass die notwendigen klimaschonenden Technologien in absehbarer Zeit auch zur Verfügung stehen. Und zwar in ganz Deutschland – in der Stadt und auf dem Land – und für jedermann bezahlbar. Das ist heute jedenfalls noch nicht der Fall. Deutschland braucht deshalb einen Innovationsturbo. Hierfür sind in einem ersten Schritt die richtigen Anreize erforderlich. Die sieht das im Kompromiss gefundene Regelungspaket der Koalition vor.

Die Unionsfraktion macht weiterhin Klimapolitik mit und

nicht gegen die Menschen. Mit den vorliegenden Eckpunkten haben wir ein stimmiges Gesamtkonzept erarbeitet, das die Gesellschaft zusammenhalten wird. Das kann nur eine Volkspartei wie die Union leisten.

Es verbindet eine weiterführende CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit zielgenauen Kompensationsmechanismen sowie anreizfördernden Einzelmaßnahmen. Insbesondere mit der von der CDU/CSU-Fraktion schon lange geforderten steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung werden wir endlich substantielle CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Gebäudesektor erreichen. Auch mit der Wasserstoffstrategie sowie attraktiveren Rahmenbedingungen für synthetische Kraftstoffe legen wir den Grundstein für eine CO<sub>2</sub>-arme Mobilität der Zukunft.

Mit der geplanten Kapitalerhöhung der Deutschen Bahn AG um 11 Milliarden Euro bis 2030 wird der Verkehrsträger Schiene

deutlich gestärkt – das ist ein wichtiges Signal. Die Mehrwertsteuersenkung für Fernverkehrstickets bei der Bahn wird den Umstieg auf die Schiene befördern. Schließlich wird es mit der Erhöhung der Mittel für die ÖPNV-Infrastruktur auf 2 Milliarden Euro gelingen, auch in den Kommunen das Angebot massiv auszubauen und die Attraktivität zu steigern. Die Elektromobilität wird durch eine Offensive für den Ausbau der Ladeinfrastruktur und Anreize bei der Dienstwagensteuer ebenso stark gefördert wie die strombasierten Kraftstoffe.

Mit dem Zertifikatehandel im Gebäude- und Verkehrsbereich schaffen wir ein marktwirtschaftliches Instrument zur verlässlichen Reduzierung der Emissionen. Ein solcher CO<sub>2</sub>-Deckel ist einer CO<sub>2</sub>-Steuer, die einseitig auf Verteuerung setzt, den Treibhausgasausstoß aber nicht verlässlich begrenzt und reduziert, haushoch überlegen. Außerdem kann dieses System später in einem gesamteuropäischen aufgehen, was für mehr Kosteneffizienz beim Klimaschutz sorgt.

## Soziale Marktwirtschaft sichert Industriestandort

Deutschland ist noch einer der stärksten Industriestandorte der Welt. Aktuelle Entwicklungen stellen uns vor große Herausforderungen und begünstigen die wirtschaftliche Expansion anderer Länder, nicht zuletzt auch Chinas. Mit unserem diese Woche in der Fraktion beschlossenen Papier „Einordnung der Industriepolitik in die Soziale Marktwirtschaft“ wollen wir einen Beitrag zur aktuellen Debatte zur Stärkung des Industriestandorts Deutschland leisten.

Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sollen zu-



künftig wirtschafts- und sozialpolitisch weiterhin und verstärkt den Weg weisen. Es hat sich bewährt, dass die Politik Rahmenbedingungen setzt, aber in das Marktgeschehen selbst nicht eingreift. Ausnahmen sind nur aus sicherheitspolitischen Gründen oder bei Marktversagen akzeptabel, wenn der Staat es mit seinem Eingriff nicht noch schlimmer macht. Jeder Eingriff sollte dabei mit den geringsten Kosten und mit den wenigsten Auswirkungen auf andere Märkte verbunden sein.

Als Sofortprogramm schlagen wir folgende Maßnahmen vor: Eine Steuerreform, die ihren Namen verdient. Eine Bil-

dungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive, die dem Fachkräftemangel aktiv entgegenwirkt. Den Ausbau einer Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, die in die Zukunft weist.

Eine Energie- und Klimapolitik, die auf marktwirtschaftliche Instrumente, ressourcenschonende Verfahren und Innovationen setzt. Und schließlich eine konsequente Flexibilisierung und Deregulierung für mehr unternehmerische Freiräume. Davon werden am Ende alle profitieren: große und kleine Unternehmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Konsumenten, die Industrie, Handwerk und die Dienstleister.

## Waldumbau jetzt voranbringen

Der nationale Waldgipfel hat am Mittwoch wichtige Signale ausgesendet: Der Schutz unserer Wälder verlangt jetzt große Anstrengungen. Die Bundesregierung lässt den Wald und die Menschen, die mit und vom Wald leben, in der Not nicht allein. Gemeinsam mit Wissenschaftlern, Fachverbänden und der Praxis werden tragfähige Lösungen erarbeitet.

Die Unionsfraktion unterstützt Bundesforstministerin Julia Klöckner mit großem Nachdruck, die notwendigen Hilfen zügig auf den Weg zu bringen. Denn in diesem und im letzten Jahr haben Stürme, Dürre, Schädlinge und Brände in deutschen Wäldern schwere Schäden ange richtet.



Wichtige Waldfunktionen, wie der Erhalt der Biodiversität oder der Wasser- und Bodenschutz, sind gefährdet. Insbesondere die Klimaschutzleistung des Waldes ist bedroht, schließlich binden die Wälder 127 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Über 100 Mio. Festmeter Schadholz sorgen für einen drastischen Preisverfall auf dem Holzmarkt – deshalb stehen viele Forstbetriebe vor dem Aus.

Wiederaufforstung, nachhaltige Waldbewirtschaftung und mehr Holznutzung sind für uns unverzichtbare Bausteine einer schlüssigen Klimaschutzpolitik. In den vergangenen Jahren ist der Waldumbau gut vorangekommen – dieser Weg muss konsequent fortgeführt werden. Ziel muss es sein, mit klimatoleran-

ten und standortangepassten Baumarten stabile Mischwälder zu schaffen. Bund und Länder sind gefordert, die Anpassung unserer Wälder an den Klimawandel mit Rat und Tat zu unterstützen: Neben Finanzhilfen bedarf es eines wissenschaftlich fundierten Konzeptes, damit der Waldumbau gelingt.

Darüber hinaus müssen wir die internationale Zusammenarbeit in der Forstwirtschaft stärken. Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Deutschland muss noch stärker dafür kämpfen, dass die globale Entwaldung gestoppt wird. Wir müssen unseren Beitrag leisten, weltweit eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu etablieren und mit Wiederaufforstungen dem Klimawandel entgegenzutreten.

## Ehrennadel der GEMA für Volker Kauder

Am Dienstag dieser Woche hat die GEMA als Vertreterin von Nutzungsrechten aus Urheberrecht von mehr als 68000 Komponisten, Textdichtern und Musikverlegern sowie von über zwei Millionen Rechteinhabern aus aller Welt unseren ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder mit einer Ehrennadel ausgezeichnet.

Volker Kauder hat sich stets für die Anliegen von Kulturschaffenden in Deutschland stark gemacht. Die Auszeichnung wurde ihm vom Vorstandsvorsitzenden der GEMA, Dr. Harald Heker, persönlich überreicht.



Im Anschluss präsentierte die deutsch-türkische Songschreiberin Elif Demirezer im exklusiven Wohnzimmerkonzert ihr Werk.

Der Abend war eine willkommene Gelegenheit, mich in angenehmer Umgebung ange-regt mit Bundestagskollegen und Künstlern auszutauschen.

## Angehörige bei Pflegekosten entlasten

Diese Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über das Angehörigen-Entlastungsgesetz beraten.

Das Gesetz bringt einen großen Fortschritt für die Eltern und Kinder von pflegebedürftigen Angehörigen. Denn künftig müssen sie erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro einen

finanziellen Beitrag zu den Pflegekosten ihrer nahen Verwandten leisten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn ein Angehöriger pflegebedürftig ist, stellt das ohnehin schon eine starke Belastung für die Familie dar.

Aus Gründen der Gleichbehandlung soll diese neue Einkommensgrenze auf die gesamte So-

zialhilfe ausgeweitet werden.

Das heißt, dass alle Angehörigen von Sozialhilfeempfängern erst ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 100.000 Euro finanziell herangezogen werden. Eine Ausnahme soll nur für Eltern von Minderjährigen gelten, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

## Digitalisierung im Gesundheitswesen

Diese Woche haben wir das Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation (DVG) in erster Lesung beraten. Die steigende Zahl älterer, aber auch chronisch kranker Menschen stellt uns vor immer größere Herausforderungen. Mit der Nutzung der Chancen der Digitalisierung wollen wir die Gesundheitsversorgung zukunftsfähig machen. Neue digitale Lösungen sollen uns dabei helfen, den demografischen Wandels besser zu bewältigen und die ländlichen Räume besser zu versorgen.



Mit dem Gesetz sollen digitale Anwendungen schnell in die Gesundheitsversorgung eingebracht werden, indem zum Beispiel die digitale Kommunikation zwischen Leistungserbringern ausgeweitet wird: Für Krankenhäuser und Apotheken setzen wir klare Fristen für die Anbindung an die Telematikinfrastruktur – dem digitalen Netzwerk des Gesundheitswesens. Zudem schaffen wir die Möglichkeit, dass sich Hebammen, Physiotherapeuten und Pflegeeinrichtungen freiwillig an dieses Netz anschließen können. Das bringt uns einer funktionsfähigen

elektronischen Patientenakte deutlich näher.

Darüber hinaus vereinfachen wir die oft noch viel zu bürokratischen Verwaltungsprozesse, etwa durch mehr digitale Verordnungen. Die Möglichkeit der Verordnung von Arzneimitteln in elektronischer Form erweitern wir nun auch auf Verordnungen im Bereich der Heil- und Hilfsmittel. Im parlamentarischen Verfahren werden wir darüber beraten, ob weitere elektronische Verordnungen folgen können.

Auf den Schutz von sensiblen Patientendaten legen wir im Zuge der Digitalisierung besonderen Wert.



AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Also ganz ehrlich, meine Tochter hätte ich da nicht hingelassen. Auf der einen Seite ist das Mädchen bewundernswert, aber auf der anderen Seite ist sie krank.»**

(Der ehemalige Unionsfraktionschef Friedrich Merz am Dienstagabend im Interview mit der «Augsburger Allgemeinen» über Greta Thunberg)

## Beschlüsse zum Klimaschutz

Mit den Beschlüssen zum Klimaschutz hat die GroKo die Klimaschutzpolitik marktkonform und technologieoffen ausgestaltet. Im Mittelpunkt steht der mündige Bürger und nicht Zwang von oben. Dies geschieht zunächst durch wirtschaftliche und finanzielle Anreize. Wir nehmen die Menschen mit und sie sollen die Chance haben, selbst etwas zum Klimaschutz beizutragen.

Erst in einem zweiten Schritt kommt der Emissionshandel, mit dem wir punktgenau unsere CO<sub>2</sub>-Senkungsziele erreichen. Dabei setzen wir auf einen sanften Übergang, um Brüche zu vermeiden. Wir haben damit einen effektiven CO<sub>2</sub>-Deckel. Wichtig: Es gelang uns, eine CO<sub>2</sub>-Steuer und damit eine Steuererhöhung für Millionen von Bürgern ab 2020 zu vermeiden.

Unsere Eckpunkte gliedern sich in 3 Phasen:

**Erste Phase (2020):** Anreize durch: Energetische Gebäudesanierung (auch für Einzelmaßnahmen; steuerlich + per Zuschuss), Prämie für Ersetzung alter Heizungen (Austauschprämie 40 %), Verbilligung von Bahnfahrten im Fernverkehr, stärkere

Erneuerung des Schienennetzes (bis 2030 rund 86 Mrd. €), ÖPNV attraktiver (Bund fördert mit 1 Mrd. € p.a.), Intensivierung Ladesäulenaufbau für E-Autos (1 Mio. bis 2030).

**Zweite Phase (2021-2025):** Einführung eines nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionshandels für Wärme und Verkehr. Die Klimaschädlichkeit des CO<sub>2</sub> wird im Preis damit stärker abgebildet. Der Emissionshandel begrenzt die Menge an ausgestoßenem CO<sub>2</sub>. Dies geschieht mit einem Festpreis, der ab 2021 Jahr für Jahr bis 2025 steigt, um Verwerfungen zu vermeiden. Gleichzeitig: Erhöhung der Pendlerpauschale (ab 21.km) und Absenkung der Stromkosten. Höhere Kaufprämie für Autos unter 40.000 € (Elektroautos, Hybrid, mit Wasserstoffantrieb).

**Dritte Phase (2026-2030):** Die maximale CO<sub>2</sub>-Emissionsmenge wird Jahr für Jahr geringer. Die Zertifikate werden in einem Preiskorridor mit Minimal- und Maximalpreis versteigert.

Zudem steigern wir die Akzeptanz beim Bau von Windrädern: Sie müssen künftig mindestens 1 km von Wohngebieten entfernt sein. Gleichzeitig setzen wir den Ausbau erneuerbarer Energien mit Windrädern,

Solar und Leitungen fort. Wir wollen verdeutlichen: CDU/CSU haben dieses zentrale Reformprojekt maßgeblich geprägt

Wir gehen den Klimaschutz umfassend an. Wir kleckern nicht, wir klotzen. Mit über 60 konkreten Maßnahmen nehmen wir die Menschen mit auf dem Weg zu mehr Klimaschutz (Förderung energetische Gebäudesanierung, Austauschprämie für alte Ölheizungen, billigere Bahntickets Fernverkehr).

Es gibt jetzt erst Anreize für mehr Klimaschutz und erst im zweiten Schritt wird das klimafeindliche CO<sub>2</sub> teurer. Wir nehmen bis 2030 einen dreistelligen Milliardenbetrag in die Hand, um diese Jahrhundertaufgabe zu stemmen.

Die Klimaziele haben wir als Union mitbeschlossen und mitgeprägt. Auf internationaler Ebene, auf EU-Ebene, in Deutschland. Wir wollen diese Ziele erreichen, weil wir die Schöpfung erhalten und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt überlassen wollen. Wir machen Klimaschutz mit Maß und Mitte, weil wir das Ganze im Blick haben. Wir sind die politische Kraft, die so ein Megaprojekt am besten umsetzen kann.

Mein Interview bei Berlin TV zu dem Thema finden Sie hier:

<https://tinyurl.com/yyamk5ay>

